

## **Inhalt der Sitzung vom 23.07.2007**

### **TOP Ö 1 Bekanntgabe der in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung am 25.06.2007 gefassten Beschlüsse**

Eingangs der Sitzung gab Bürgermeister Huckele bekannt, dass das Ratsgremium in seiner nichtöffentlichen Sitzung am 25.06.2007 dem Verkauf eines Gewerbegrundstücks im Gewerbegebiet „Nord-West“ zugestimmt hat.

### **TÖP Ö 2 Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften \ "Friedrichstraße/Schwetzingen Straße" - Förmliche Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung**

Am 31.07.2006 hat der Gemeinderat den Beschluss zur Aufstellung eines Bebauungsplanes und zum Erlass örtlicher Bauvorschriften für den Bereich Friedrichstraße – Luisenstraße – Schwetzingen Straße und Waldpfad gefasst.

Seit dem 01.01.2007 gibt das Baugesetzbuch über den neu eingefügten § 13 a den Gemeinden die Möglichkeit, Bebauungspläne der Innenentwicklung unter bestimmten Voraussetzungen im so genannten beschleunigten Verfahren aufzustellen. Der Öffentlichkeit sowie den Behörden und Trägern öffentlicher Belange wird im Rahmen des förmlichen Beteiligungsverfahrens Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

Der anwesende Stadtplaner, Herr Gerhard, erläuterte einige kleinere Änderungen im Bebauungsplan sowie die örtlichen Bauvorschriften.

GRat Andreas Berger (CDU) befand, dass man mit dem Bebauungsplanverfahren einen Schritt weiter sei und stimmte für die CDU-Fraktion der Vorlage zu.

GRätin Ulrike Breitenbücher (PL) erkundigte sich nach den nachzuweisenden Stellplätzen, die mit 1,5 anstelle der notwendigen 1,0 je Wohneinheit festgelegt wurden. Herr Gerhard begründete die Abweichung mit dem allgemeinen erhöhten Parkplatzdruck.

GRätin Ulrike Breitenbücher bat um Einzelabstimmung für die PL-Fraktion.

GRat Werner Engelhardt (SPD) nannte den Bebauungsplan förderlich und signalisierte Zustimmung zur Vorlage.

GRat Ulf-Udo Hohl (GLP) bemängelte die fehlende Prüfung einer möglichen Beeinträchtigung für die Flora und Fauna, da in den Grünflächen viele Vogelarten leben. Da die Grünfläche Herzstück des zu überplanenden Gebiets ist, hätte durchaus eine Bestandsaufnahme der Tiere durchgeführt werden können. Da die Vorteile die Nachteile jedoch überwiegen, erteilte er ebenfalls seine Zustimmung.

Bei einer Enthaltung von GRätin Ulrike Breitenbücher (PL) wurde die Durchführung des beschleunigten Verfahrens, ohne die Umweltprüfung nach § 13 a BauGB sowie die Billigung der Planentwürfe, auf deren Grundlage die förmliche Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung durchgeführt wird, mehrheitlich beschlossen.

### **TOP Ö 3 Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften \ "Bruchhäuser Weg" - 2. förmliche Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung**

Die während der förmlichen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung in der Zeit vom 30.04.2007 bis 01.06.2007 eingegangenen Stellungnahmen wurden dem Ausschuss für Umwelt-, Technik- und Bauangelegenheiten am 12.07.2007 zusammen mit den vom Planungsbüro und der Verwaltung erarbeiteten Behandlungsvorschlägen vorgestellt.

Die im April 2007 an den Landtag von Baden-Württemberg gerichtete Petition wegen „Missachtung des

Artenschutzes bei der Baulandentwicklung „Bruchhäuser Weg“ durch die Gemeinde Plankstadt hat das laufende Verfahren nicht gestoppt. Dennoch fordert das Regierungspräsidium Karlsruhe zur besonderen Würdigung des Artenschutzes ein zweites förmliches Beteiligungsverfahren durchzuführen. Die Ergänzungen wurden vom Institut für Umweltstudien bzw. von der BauLand!Entwicklung GmbH in der Ausschusssitzung vorgestellt und von den Ausschussmitgliedern gebilligt.

Der Bürgermeister begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Butsch und Frau Uhlig von der BauLand!Entwicklung GmbH sowie die Herren Ness und Harter vom Institut für Umweltstudien (IUS).

Frau Butsch referierte zu Beginn, nachdem die befangenen GRäte Oskar Sessler (CDU) und Gaby Wacker (SPD) im Zuhörerraum Platz genommen hatten, über die während der ersten Offenlage des Bebauungsplans und der örtlichen Bauvorschriften „Bruchhäuser Weg“ (30.04.2007 – 01.06.2007) eingegangenen Rückmeldungen von 19 Behörden, wovon 14 eine Stellungnahme mit Anregungen und Hinweisen abgaben. Von Seiten der Bürgerschaft wurden während der Offenlage 17 Anregungen vorgebracht.

Mehrere Hinweise betrafen die Erschließungsplanung und wurden berücksichtigt. Auch den Anregungen der Bürger/innen zur Verschiebung von Grundstücks-grenzen konnte im Großen und Ganzen gefolgt werden. Des Weiteren wurden kleinere Klarstellungen eingearbeitet.

Die wichtigsten Anregungen wurden nach dem ersten Überblick nochmals erläutert.

GRätin Jutta Schuster (CDU) konnte ihre generelle Zustimmung zur Vorlage erteilen. Das seitens der CDU-Fraktion geäußerte Unverständnis in der Vergangenheit, so die Gemeinderätin, bezog sich nicht auf den Artenschutz, sondern auf die Ausgleichsfläche. In keinem Falle wolle sich die CDU-Fraktion über den Artenschutz hinwegsetzen.

GRätin Jutta Schuster bat darum, die Ausgleichsfläche möglichst im Baugebiet auszuweisen und schlug eine nochmalige Behandlung in der Landwirtschaftskommission vor. Sie befürwortete die Anregung eines Bürgers, im dortigen Baugebiet auch Flachdächer als moderne Dachform zuzulassen. Hingegen sei die CDU-Fraktion gegen die Nutzung von Garagendächern als Terrasse. Frau Butsch schlug vor, analog zum Bebauungsplan des Gebiets „Gässeläcker“, eine Nutzung nur innerhalb der bebaubaren Fläche zuzulassen.

GRätin Ulrike Breitenbücher (PL) bescheinigte der Firma BauLand!Entwicklung GmbH, dass bisher alles optimal gelaufen sei. Auch sie sprach sich für eine nochmalige Beratung über mögliche Flachdächer aus. Auch sie befürwortete die Festlegung der Garagendachnutzung als Terrasse innerhalb der bebaubaren Fläche. Für die ÖPNV-Anbindung stellte sie klar, dass an der Eppelheimer Straße Platz für eine Bushaltstelle und evtl. Pendlerparkplätze vorgesehen werden sollten.

Außerdem bat sie um Auskunft, wann mit dem Bau des Spielplatzes in der Bahnstraße begonnen wird.

GRat Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) sprach sich gegen eine Flachdachbauweise aus. Auch er dankte den beteiligten Partnern für die konstruktiven und schnellen Lösungen zur Realisierung.

GRat Ulf-Udo Hohl (GLP) merkte an, dass das Regierungspräsidium Karlsruhe und der Nachbarschaftsverband Heidelberg-Mannheim Defizite im Bebauungsplan erst festgestellt habe, nachdem die Petition eingereicht wurde. Er fand fragwürdig, ob der Lebensraum der Tiere durch die Ausgleichsfläche gewährleistet werde und sah keine Verbesserung für bestimmte Tierarten.

Bürgermeister Huckele informierte, dass die Ausgleichfläche im Raingewann mit der Bodengüteklasse 1 geplant sei und hinterfragte bei Herrn Ness, ob diese an einem anderen Standort ausgewiesen werden könne. Herr Ness erklärte, dass dies auch mit einer geringeren Güteklasse generell möglich wäre. Voraussetzung sei jedoch die schnelle Verfügbarkeit.

Auf die Frage von GRätin Ulrike Breitenbücher (PL) eingehend, berichtete der Bürgermeister, dass die Verwaltung weiter an den Plänen und der Realisierung eines Kinderspielplatzes an der Bahnstraße arbeite.

Das Ratsgremium beschloss mehrheitlich bei 1 Enthaltung von GRat Ulf-Udo Hohl (GLP) die Billigung der Abwägungsvorschläge zu den während der förmlichen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung eingegangenen Stellungnahmen sowie auf der Grundlage der überarbeiteten Entwürfe im Bebauungsplanverfahren „Bruchhäuser Weg“ die Durchführung der zweiten förmlichen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung.

#### **TOP Ö 4 Entscheidung über die Annahme und Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen nach § 78 Abs. 4 GemO**

Die Gemeinde Plankstadt erhielt diverse Spenden und ein Werbegeschenk. Die Chorgemeinschaft Plankstadt spendete 250,00 Euro für die Tour Ginkgo 2007 und der Bauhof erhielt einen Hochdruckreiniger von der Firma Technolit GmbH, 36137 Großenlöder, als Werbegeschenk. Des Weiteren gingen Kleinbetragsspenden ein. Zur Annahme der Spenden und der Schenkung ist nach § 78 Abs. 4 GemO die Genehmigung des Gemeinderats erforderlich.

GRat Karl Schleich (CDU) zeigte sich über die Spenden, insbesondere für die Tour Ginkgo, der Bürger, Firmen, Humboldtschule und Vereine erfreut

GRat Fredi Engelhardt (PL) nannte die Spendenbereitschaft einen schönen Zug und dankte auch den Vereinen.

GRätin Gaby Wacker (SPD) drückte ebenfalls ihren Dank aus.

GRat Winfried Wolf (GLP) lobte das bürgerliche Engagement und erinnerte an die Vorlage einer Aufstellung über die Verwendung der Spenden für die Notgemeinschaft.

Bürgermeister Huckele sicherte ihm eine Aufstellung zu.

Die Annahme der Spenden wurde vom Ratsgremium einstimmig genehmigt.

#### **TOP Ö 5 Anpassung der Elternbeiträge für die Kindergartenjahre 2007/08 und 2008/09**

Die Vertreter der kommunalen und kirchlichen Verbände empfehlen die Elternbeiträge für die Kindergartenjahre 2007/08 und 2008/09 in zwei Stufen anzuheben. Die Verwaltung traf sich am 02.07.2007 mit den Vertretern beider Kirchengemeinden sowie der Leitung der Kindergärten, um die Empfehlungen zu besprechen und eine gemeinsame Festlegung zu treffen. Dabei kam man überein die Elternbeiträge für die Ev. Tagesstätte differenziert festzulegen. Für Kinder unter 3 Jahren soll, zusätzlich zu dem Beitrag für über 3-Jährige, erstmals ab 01.09.2007 ein erhöhter Betreuungsaufwand berücksichtigt werden, zumal für Kinder unter 3 Jahren zwei Kindergartenplätze angerechnet werden. Da entsprechend weniger Kinder in die Gruppe aufgenommen werden können, hielt man einen Zuschlag von 50,-- Euro für angemessen. Gleichzeitig wurden die Elternbeiträge (150,-- Euro) für die Neueinrichtung einer Krippengruppe (Kinder im Alter von 2 bis 3 Jahren) im Kindergarten St. Nikolaus zum 01.09.2007 festgelegt.

GRat Oskar Sessler (CDU) stimmte der moderaten Erhöhung im Namen der CDU-Fraktion zu, da die Beiträge im Konsens mit den Kirchengemeinden festgesetzt wurden. Allerdings sollte man den Wunsch auf eine zukünftige Beitragsfreiheit nicht aus den Augen verlieren. Bürgermeister Wolfgang Huckele wies auf die ungeklärte Finanzierungsfrage hin.

GRätin Ulrike Breitenbücher (PL) teilte die Auffassung des Vorredners hinsichtlich der Beitragsfreiheit. Da das Einkommen der meisten Familien nicht steigt, konnte sie die Beitragserhöhung nur bedingt als moderat ansehen.

Auch GRätin Gaby Wacker (SPD) plädierte für den beitragsfreien Kindergarten, sah dies aktuell aber nicht realisierbar. Analog der Kernzeitbetreuung hielt sie eine Sozialstaffelung der Elternbeiträge für überlegenswert.

Bürgermeister Huckele wies daraufhin, dass bereits bisher bei Bedürftigen die Elternbeiträge auf Antrag vom Rhein-Neckar-Kreis übernommen werden.

GRat Winfried Wolf (GLP) berichtete, dass der heutige Beschlussvorschlag nicht der aktuellen politischen Intention auf Bundesebene entspricht. Er wies daraufhin, dass andere Bundesländer beim beitragsfreien Kindergartenjahr schon Vorreiter sind. Obwohl die Beitragserhöhungen moderat sind, konnte er aus generellen familienpolitischen Erwägungen der Vorlage im Namen seiner Fraktion nicht zustimmen.

Im Zusammenhang der Sozialstaffelung schlug die CDU-Fraktion vor, einen Hinweis auf die Antragstellung für die Übernahme der Beiträge durch den Rhein-Neckar-Kreis im Gemeindemitteilungsblatt und am „schwarzen Brett“ der Kindergärten zu veröffentlichen.

Der Anpassung der Kindergartenbeiträge wurde mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen der GLP zugestimmt.

### **TOP Ö 6 Festlegung des Verkaufspreises für gemeindeeigene Grundstücke im Neubaugebiet \"Bruchhäuser Weg\"**

Die Gemeinde erhält aus ihrem Sollanspruch als Umlegungsbeteiligte 6 Baugrundstücke mit einer Größe von zusammen 1.650 m<sup>2</sup> sowie 4 weitere Bauplätze (1.540 m<sup>2</sup>) für eine Bebauung mit Doppelhaushälften. Der Verkauf der gemeindeeigenen Baugrundstücke wurde am 09.07.2007 in einer nichtöffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Verwaltung beraten. Hierbei kam man überein, dass ein Teil der Grundstücke ohne Auflagen zu einem Gesamtpreis von 418 €/m<sup>2</sup> (inkl. aller Erschließungsbeiträge, Kostenerstattungsbeträge nach §§ 135 a -135 c BauGB und der erstmaligen Wasserversorgungs- und Abwasserbeiträgen) verkauft werden sollen. Bei diesem Tagesordnungspunkt nahmen GRat Oskar Sessler (CDU) sowie GRätin Gaby Wacker (SPD) wegen Befangenheit im Zuhörerraum Platz.

GRätin Jutta Schuster (CDU) und GRat Dr. Stephan Verclas (PL) stimmten für ihre Fraktionen, vor dem Hintergrund der Gleichbehandlung mit den anderen Baugebieten, der Vorlage zu.

GRat Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) plädierte für einen niedrigeren Quadratmeterpreis, um familienpolitische Akzente zu setzen. Ziel solle sein, die Einwohnerzahl zu steigern, um im Rahmen des Finanzausgleichs mehr Geld vom Land zu erhalten. Er schlug für die SPD-Fraktion vor, den Kaufpreis auf maximal 400,- €/ m<sup>2</sup> zu begrenzen.

GRat Winfried Wolf (GLP) stellte in Anbetracht der Haushaltslage fest, dass vorhandene Grundstücke nicht vermehrbar sind. Auf den Vorschlag der SPD-Fraktion eingehend, müsste man bei einer Obergrenzenfestlegung des Kaufpreises konsequenterweise in allen anderen Baugebieten gleich verfahren. Aufgrund der Wertsteigerung für Baugelände hätte man durchaus einen höheren Preis ansetzen können. Ein Verkauf von gemeindeeigenem Baugelände, so Bürgermeister Huckele auf Nachfrage von GRat Winfried Wolf, könnte durchaus noch in diesem Jahr an vorhandene Interessenten erfolgen.

Der Gesamtverkaufspreis für gemeindeeigene Grundstücke im Gebiet „Bruchhäuser Weg“ wurde mehrheitlich bei 3 Enthaltungen der SPD-Fraktion auf 418 €/m<sup>2</sup> festgelegt.

Hingegen einstimmig wurde der Bürgermeister mit dem Verkauf von 6 Baugrundstücken beauftragt.

## **TOP Ö 7 Antrag der SPD-Fraktion und des GLP-Fraktionsvorsitzenden das Thema \ "Auswirkungen der Situation bei AstraZeneca auf die Finanzplanung der Gemeinde für 2007 und die Folgejahre\" zu behandeln**

Die SPD-Fraktion und Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP) haben gem. § 34 GemO mit dem erforderlichen Quorum von mindestens 5 Stimmen beantragt, das im Betreff genannte Thema auf die Tagesordnung zu setzen. Aufgrund des Steuergeheimnisses können die Auswirkungen einer Schließung der Firma AstraZeneca nicht im Detail dargestellt werden. Deshalb wurde die Finanzplanung 2007 bis 2010 generell überarbeitet. Dabei wurden u. a. die aktuelle Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen und deren Auswirkungen auf den kommunalen Finanzausgleich, die Entwicklung der Gebühren, die Auswirkungen der ab dem 01.01.2008 geltenden Unternehmenssteuerreform, die Zins- und Tilgungsbelastungen von Umschuldungen und einer Kreditaufnahme, Einnahmen aus Grundstücksveräußerungen aus dem Verkauf von Gewerbegrundstücken und Bauplätzen, der Verzicht auf den Verkauf der Gemeindewohnungen im Heinrich-Heine-Weg 7, 9 und 11 sowie eine Vielzahl von diversen Streichungen von Haushaltsansätzen eingearbeitet, um die Finanzplanung ausgleichen zu können.

Bürgermeister Huckele betonte, dass es sich bei der überarbeiteten Finanzplanung um eine Momentaufnahme mit vielen „Unbekannten“ handelt.

GRat Dieter Schneider (SPD) stellte zu der vorgelegten Finanzplanung fest, dass im Jahr 2007 mit keinen Gewerbesteuereinnahmen gerechnet werden kann. Die Realisierung der Wertabschöpfung i.H.v. 4,5 Mio. Euro und den Verkauf von 6 Baugrundstücken im „Bruchhäuser Weg“ sowie Gewerbegrundstücken im Gebiet „Nord-West“ stellte er in Frage. Die erarbeitete Finanzplanung hielt er für spekulativ und wünschte sich eine bessere Aufgliederung im Nachtragshaushalt.

Bürgermeister Huckele betonte, dass er die mit einem Quorum von Teilen des Gemeinderats erzwungene Überarbeitung der Finanzplanung für verfrüht halte und zwangsläufig bei der Erstellung des Nachtragshaushaltsplans im Oktober/November 2007 aussagungsfähigere und verlässlichere Daten vorliegen. GRat Ulf-Udo Hohl sah in der Formulierung „GLP-Mitglied“ eine Abwertung seiner Person. Er legte Wert darauf, dass er den Behandlungsantrag als Fraktionsvorsitzender der GLP unterschrieben habe, zumal sich der Fraktionskollege, GRat Winfried Wolf, zur Zeit der Antragstellung in Urlaub befand. Er stellte fest, dass es sich bei der Aufstellung einer Finanzplanung immer um eine Momentaufnahme handle, gleichzeitig jedoch interessante Anhaltspunkte beinhalte. Bürgermeister Huckele bestätigte auf seine Nachfrage, dass eine Kreditaufnahme für den Erwerb der Wohnungen im Heinrich-Heine-Weg 7-11 aufgrund einer aktuell eingegangenen Modellrechnung für den Finanzausgleich, die deutliche Mehrzuweisungen prognostizieren, für das Jahr 2007 nicht mehr notwendig sei. Für das Jahr 2008 stellte er fest, dass der Haushalt nur aufgrund einer Entnahme aus der Rücklage zu finanzieren sei. Positiv sah er jedoch die geplante Zuführung zur Rücklage im Jahr 2009. Weiter erkundigte er sich nach noch ausstehenden Gewerbesteuerrückzahlungen an die Firma AstraZeneca.

Bürgermeister Huckele bestätigte, dass diese bereits in der Aufstellung berücksichtigt seien.

GRätin Jutta Schuster (CDU) bestätigte, dass es sehr schwer sei, eine langfristige Finanzplanung bis in das Jahr 2010 zu erstellen. Die zurückgestellten Sanierungen und Unterhaltungen sollten jedoch in jedem Falle bei auftretender Notwendigkeit ausgeführt werden. Zur Erlangung des dafür notwendigen finanziellen Spielraums stellte sie eine Kreditfinanzierung für den Erwerb der Wohnungen im Heinrich-Heine-Weg in Überlegung.

GRat Dr. Stephan Verclas (PL) bedauerte die aktuelle Entwicklung bei der Firma AstraZeneca. Den Haushalt verglich er mit einem löchrigen „Schweizer Käse“ und kritisierte dabei, dass als Finanzierungsmittel der Verkauf von Baugrundstücken geplant sei. Außerdem vermisste er einen Ausgabeansatz für unvorhergesehene Investitionen.

Bürgermeister Huckele bestätigte, dass für die Jahre 2008/2009 ohnehin keine größeren Investitionen im Vermögenshaushalt vorgesehen seien.

GRätin Gaby Wacker (SPD) stellte fest, dass bei einer für 2007 ausbleibenden Wertabschöpfung aus dem Baugebiet „Bruchhäuser Weg“ auch die veranschlagten Erschließungskosten nicht anfallen würden. Unklar war ihr dabei, wie die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen werden soll. Den gestrichenen Unterhaltungsaufwand konnte sie nachvollziehen, bedauerte jedoch, dass bis 2010 keine zusätzlichen Mittel berücksichtigt wurden. Die Frage nach der Auswirkung auf den Wasserpreis bei einer Schließung der Firma AstraZeneca, konnte der Bürgermeister dahingehend beantworten, dass dies eine Erhöhung des Wasserpreises um ca. 0,19 Euro/m<sup>3</sup> zur Folge hätte. Auf ihre Frage nach evtl. erhöhten Zuweisungen für 2007 gab Rechnungsamtsleiter Krohier zur Auskunft, dass mit einer Verbesserung von ca. 284.000 Euro zu rechnen sei. Bürgermeister Huckele bestätigte, dass die höheren Finanzzuweisungen im Jahr 2009 aufgrund der geringeren Steuerkraftsumme (Wenigereinnahmen bei der Gewerbesteuer) bei der überarbeiteten Finanzplanung bereits berücksichtigt wurden.

GRätin Gaby Wacker berichtete, dass durch die Absenkung der Gewerbesteuer von 360 v.H. auf 330 v.H. der Anrechnungssatz beim Ausgleichsstock unterschritten wurde. Darin sah sie eine Bestätigung ihrer damaligen Aussage, dass eine Absenkung der Gewerbesteuer im Jahr 2007 verfrüht sei.

Bürgermeister Huckele entgegnete, dass die Gemeinde in der Vergangenheit aufgrund der hohen Steuerkraftsumme keine Mittel aus dem Ausgleichsstock bekommen habe. Man werde zu gegebener Zeit prüfen, ob sich aufgrund der drohenden Schließung der Firma AstraZeneca eine neue Situation ergeben habe und die Gemeinde künftig mit Zahlungen aus dem Ausgleichsstock rechnen kann. Bei dieser Gelegenheit berichtete Bürgermeister Huckele, dass die Gemeinde für geplante Sanierungsarbeiten der Mehrzweckhalle rund 20.500 € aus Sportförderungsmitteln des Landes erhält.

### **TOP Ö 8 Antrag der SPD-Fraktion und des GLP-Fraktionsvorsitzenden auf Herausnahme der Hauptamtsleiterstelle aus dem Stellenplan**

Die SPD-Fraktion und Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP) haben gem. § 34 GemO mit dem erforderlichen Quorum von mindestens 5 Stimmen beantragt, die „Herausnahme der dem Hauptamt zugeordneten A 13-Stelle aus dem Stellenplan“ auf die Tagesordnung zu setzen.

GRat Dieter Schneider (SPD) erläuterte, dass der Antrag im Zusammenhang mit der drohenden Schließung der Firma AstraZeneca und der damit entstandenen finanziellen Situation zu sehen sei. Die Hauptamtsleiterstelle bedeute eine hohe finanzielle Belastung. Er erwähnte in diesem Zusammenhang das vom Personalrat vorgeschlagene Konzept, die Aufgaben des Hauptamtsleiters auf vorhandene Mitarbeiter zu verteilen und berichtete von Gesprächen, bei denen der Bürgermeister eine Umstrukturierung der Hauptverwaltung unter Einsparung der bisherigen Hauptamtsleiterstelle strikt ablehnte und auf eine Wiederbesetzung der Stelle drängte. Vor einer endgültigen Entscheidung über die Wiederbesetzung sollte in jedem Falle ein Organisationsgutachten erstellt werden.

Bürgermeister Huckele hielt die Wiederbesetzung der vakanten Hauptamtsleiterstelle für unabdingbar und dringend erforderlich.

GRat Winfried Wolf (GLP) machte den Hinweis, dass sich der Gemeinderat in den letzten nichtöffentlichen Sitzungen öfters mit Anliegen von Gemeindebediensteten beschäftigt habe. Er stelle sich die Frage, warum man nicht die Kompetenzen der Mitarbeiter nutzen und die Aufgaben entsprechend verteilen könne. Auch könne nach seiner Ansicht eine „flachere Führungsstruktur“ zur besseren Zufriedenheit der Mitarbeiter beitragen. Er unterstütze den Antrag der SPD-Fraktion und seines Kollegen und appellierte an den Bürgermeister, eine für alle

zufriedenstellende Lösung zu finden.

Bürgermeister Huckele erwiderte, dass er nach 15-jähriger Tätigkeit als Leiter der Verwaltung den besten Überblick habe und über Befähigungen und Qualifikationen der Mitarbeiter nicht in öffentlicher Sitzung diskutieren will.

GRätin Jutta Schuster (CDU) zeigte sich über den Antrag zur Herausnahme der Hauptamtsleiterstelle aus dem Stellenplan verwundert, da die Fraktionen der SPD und GLP in der Mai-Sitzung bei der Wahl eines Hauptamtsleiters mitgewirkt haben. Sie betonte, dass in der CDU-Fraktion die Wiederbesetzung der Hauptamtsleiterstelle nach wie vor unumstritten sei.

GRat Dr. Stephan Verclas (PL) widersprach der Vorrednerin. In der Mai-Sitzung wurde zunächst darüber diskutiert, ob die Stelle neu besetzt wird. Erst nachdem darüber Klarheit bestand, wurde die Wahl durchgeführt. Vor dem Hintergrund der zusätzlichen Arbeitsbelastung durch die Versetzung des bisherigen Hauptamtsleiters, hinterfragte er, wie die ehrenamtliche Tätigkeit des Bürgermeisters beim Arbeitsgericht Mannheim zu vereinbaren sei. Unabhängig davon, sehe die PL-Fraktion die Wiederbesetzung auch im Hinblick auf eine mögliche Einrichtung eines Bürgerbüros als unumgänglich an.

Obwohl Bürgermeister Huckele mitteilte, dass er bisher lediglich zu einer Gerichtsverhandlung berufen wurde und die fehlende Arbeitszeit mehrfach nachgeholt habe, konnte GRat Dr. Stephan Verclas die Entscheidung für die Übernahme dieser ehrenamtlichen Richtertätigkeit nur schwer nachvollziehen.

Auf die Frage von GRat Dieter Schneider (SPD), welche Arbeitsrückstände zur Zeit bestehen, antwortete Bürgermeister Huckele, dass er dies bei Bedarf gerne anhand der Unterlagen auf seinem Schreibtisch erläutern würde.

Die Herausnahme der Hauptamtsleiterstelle aus dem Stellenplan wurde bei der anschließenden Abstimmung mehrheitlich mit  
6 Ja-Stimmen

SPD (4), GLP (2)

8 Nein-Stimmen

CDU (6), GRat Fredi Engelhardt (PL), Bürgermeister

2 Enthaltungen

GRätin Ulrike Breitenbücher, GRat Dr. Stephan Verclas (PL)

abgelehnt.

## **TÖP Ö 9 Bildung von Haushaltsresten für das Haushaltsjahr 2006**

Im Rahmen des Rechnungsabschlusses 2006 ist die Bildung von Haushaltsresten erforderlich. Die Höhe der vorgeschlagenen Haushaltsreste beläuft sich insgesamt auf 40.700 €. Hiervon entfallen auf den Verwaltungshaushalt 18.000 € und auf den Vermögenshaushalt 22.700 €.

Die Gemeinderatsfraktionen beschlossenen einstimmig die Bildung der Haushaltsreste.

## **TOP Ö 10 Einbau brandschutztechnischer Einrichtungen in den Schulen - Auftragsvergabe Fluchttreppen**

Die Baurechtsbehörde des Landratsamtes hat im Herbst 2006 eine Brandschutzbegehung in den beiden Schulen durchgeführt. Hierbei wurde festgestellt, dass aufgrund heutiger Brandschutzforderungen separate Brandabschnitte in den einzelnen Geschossen der Schulgebäude zu bilden sind und der zweite Rettungsweg baulich nachgerüstet werden muss. Die Auftragsvergabe zur Lieferung und Montage der Rauchschutzvorhänge erfolgte bereits in der vergangenen Gemeinderatssitzung.

Die Lieferung und Montage der Treppenanlagen wurde zwischenzeitlich öffentlich ausgeschrieben. 6 Angebotsblankette wurden an Bewerber abgegeben. Zum Submissionstermin am 06.07.2007 lagen 4 Angebote vor.

Nach rechnerischer Prüfung der Angebote ist die Fa. Schultz aus Plankstadt die Bieterin mit dem wirtschaftlichsten Angebot. Die Finanzmittel wurden im Haushaltsplan 2007 bereitgestellt.

GRat Karl Schleich (CDU) merkte an, dass die CDU-Fraktion nach der Zustimmung zur Auftragsvergabe für die Lieferung und Montage der Rauchschutzvorhänge in der Juni-Sitzung, gerne auch der Lieferung und Montage der Fluchttreppen zustimme, zumal der Auftrag an eine Plankstädter Firma ergeht.

Die Ratskollegen Dr. Stephan Verclas (PL) sowie Werner Engelhardt (SPD) stimmten für ihre Fraktionen der Auftragsvergabe ebenfalls zu.

Auch GRat Ulf-Udo Hohl (GLP) konnte die Zustimmung erteilen, hinterfragte jedoch, inwieweit bei der Montage der Fluchttreppen der Denkmalschutz der Friedrichschule berücksichtigt wurde.

Bauamtsleiter Boxheimer klärte auf, dass die denkmalschutzrechtlichen Bedenken im Rahmen einer Ortsbegehung aufgrund des Vorrangs der Sicherheit von der Denkmalschutzbehörde als nachrangig eingestuft wurden.

Der Auftrag zur Lieferung und Montage der Fluchttreppen an der Humboldt- und Friedrichschule wurde einstimmig an die Fa. Schultz aus Plankstadt zum Gesamtangebotspreis von 111.518,47 € erteilt.

## **TOP Ö 11-13 Bauvoranfragen/-antrag**

- Das Ratsgremium versagte einstimmig das Einvernehmen zur Bauvoranfrage zur Errichtung einer Dachterrasse auf der Doppelgarage des Grundstücks Flst.Nr. 4896, Zehntstr. 33.
- Mit 9 Ja-Stimmen (bei 7 Enthaltungen) erteilte das Ratsgremium das Einvernehmen zu der Bauvoranfrage zum Ausbau der rückwärtigen Scheune auf den Grundstücken Flst.Nr. 3209 und 1879/22, Eisenbahnstr. 41.
- Bei einer Gegenstimme wurde das Einvernehmen zum Bauantrag für den Neubau von 6 Reihenhäusern und 8 Stellplätzen auf dem Grundstück Flst.Nr. 3532, Im Altrott 13 mehrheitlich versagt.

## **TOP Ö 14 Bekanntgaben, Anfragen**

### **1. Dankesbrief des französischen Partnerschaftskomitees/Bericht zur 25-jährigen Partnerschaft im französischen Mitteilungsblatt**

Bürgermeister Huckele unterrichtete das Ratsgremium über einen Brief der Vorsitzenden des Partnerschaftskomitees, Hélène Olivé, die sich bei allen Beteiligten, die bei dem unvergesslichen Jubiläumswochenende anlässlich der 25-jährigen Partnerschaft vom 11.05.-14.05.2007 mitgewirkt haben, bedankt.

Des Weiteren konnte der Bürgermeister von einem Artikel im Mitteilungsblatt der Partnerstadt Castelanu-le-Lez, dem sogenannten „Castelnau Mag“, berichten. Diesen Artikel lässt der Bürgermeister übersetzen, damit er dann zur nächsten Gemeinderatssitzung aufgelegt werden kann.

### **2. Asphalt-Ablagerungen auf einem Baugrundstück der Firma NCC im Neubaugebiet Gässeläcker**

GRat Andreas Berger (CDU) erkundigte sich nach dem Sachstand in dieser Angelegenheit. Bauamtsleiter Boxheimer berichtete, dass die Gemeinde mit den im Erdreich gefundenen Ablagerungen nichts zu tun habe und aktuell recherchiert wird, wer der Verursacher ist. In diesem Zusammenhang wurde festgestellt, dass das Material nicht von der ehemaligen Straße nach Eppelheim (alte Straßenführung der L 543) stammt.

### **3. Castelnau-le-Lez-Park**

GRat Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) fragte nach, ob die Gärtnerarbeiten im Castelnau-le-Lez-Park fremdvergeben wurden.

Bürgermeister Huckele bestätigte die Auftragsvergabe an die im Gewerbegebiet „Nord-West“ ansässige Firma Simianer.

### **4. Pressebericht Belegungszahlen Hebelgymnasium**

GRat Ulf-Udo Hohl (GLP) entnahm der Tagespresse, dass im Schulentwicklungsplan von hohen Schülerzahlen im Hebelgymnasium in Schwetzingen gesprochen wird und nicht alle Schüler in selbigem aufgenommen werden könnten und Kinder aus Schwetzingen und Oftersheim bevorzugt aufgenommen werden sollen.

Bürgermeister Huckele berichtete, dass der überwiegende Teil der Plankstädter Gymnasiasten das Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium in Eppelheim besucht und ihm diesbezüglich keine Engpässe bekannt sind.

### **5. Erwerb des „Areal Adler“**

GRat Ulf-Udo Hohl (GLP) berichtete von dem Kauf der ehemaligen Schloßmühle durch die Gemeinde Reilingen. Er sah hierin eine Analogie zum möglichen Kauf des Anwesens „Adler“ und hinterfragte, ob Bürgermeister Huckele den Erwerb ebenfalls zur Chefsache erklären und einen entsprechenden Sonderausschuss hierfür einrichten werde.

Bürgermeister Huckele schlug vor, die Angelegenheit dem Arbeitskreis „Gemeindeförderung“ zuzuordnen.

## **6. Erkundigungen zum Spielplatz Bahnstraße, Herabstufung Eisenbahnstraße, B 535**

GRat Dr. Stephan Verclas (PL) erkundigte sich nach dem Baubeginn des Spielplatzes in der Bahnstraße und dem Sachstand bei der Herabstufung der Eisenbahnstraße.

Bauamtsleiter Boxheimer informierte, dass mit dem Baubeginn im Frühjahr 2008 gerechnet werden kann.

Bürgermeister Huckele berichtete von einem aktuellen Schreiben des Regierungspräsidiums, in dem ihm versichert wurde, dass die Gemeinde in die weiteren Planungen bei der Herabstufung der Eisenbahnstraße mit eingebunden wird.

## **7. Gestrüpp an der Außenreklame des Café 2000**

GRat Dieter Schneider (SPD) monierte den Bewuchs der Außenreklame des Café 2000 und bat um Entfernung.

## **8. Ferienprogramm der Gemeinde**

GRätin Ulrike Breitenbücher (PL) stellte fest, dass die Gemeinde in diesem Jahr weniger Veranstaltungen beim Ferienprogramm anbiete und erkundigte sich nach den Gründen hierfür.

Bürgermeister Huckele konnte berichten, dass die Zuschüsse durch die Gemeinde nicht gekürzt wurden und das geringere Angebot auf Absagen der örtlichen Vereine zurückzuführen sei.

GRätin Ulrike Breitenbücher verwies auf umliegende Gemeinden, bei denen mehr Programmpunkte von der Verwaltung angeboten werden.